



---

**Ausschussdrucksache 20(13)124gg**

---

unangeforderte Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 23. September 2024

zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU

**„Menschenunwürdige Zustände in der Prostitution beenden – Sexkauf bestrafen“**

**BT-Drs. 20/10384**

Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes e. V.

Berlin, 20.09.2024

**Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
am 23. September 2024 zum**

Antrag der Fraktion CDU/CSU im Deutschen Bundestag: „Menschenunwürdige Zustände in der  
Prostitution beenden - Sexkauf bestrafen“, BT-Drs. 20/103

**des Vorstandes des Bundesverbandes der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheits-  
dienstes e.V. (BVÖGD)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der BVÖGD vertritt **und fördert als Berufsverband die berufsspezifischen Interessen der Ärztinnen  
und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD)**. Der ÖGD hat langjährige und gesetzlich  
vorgeschriebene Aufgaben und Zuständigkeiten in Bezug auf Gesundheit und Sexarbeit, sowohl im  
Rahmen des §19 Infektionsschutzgesetz als auch §10 Prostituierten-Schutzgesetz.

Aufgrund dieser Erfahrungen erlaubt der BVÖGD sich zu oben genanntem Antrag wie folgt zu  
positionieren:

**Qualitative und quantitative Studien zeigen die negativen gesundheitlichen Folgen einer  
Kriminalisierung von Sexarbeit (sowohl Angebot als auch Kauf) auf die (sexuelle) Gesundheit von  
Sexarbeitenden. Gesetzliche Maßnahmen müssen Risiken und Schäden für die Gesundheit  
minimieren und dürfen diese nicht gefährden.**

## Hintergrund:

- Gesundheitsämter erreichen Sexarbeitende im Rahmen von freiwilligen und anonymen gesundheitlichen Angeboten, in der Regel werden diese mit sozialarbeiterischer und ärztlicher Tätigkeit umgesetzt. Diese Angebote, die für Sexarbeitende aktuell niederschwellig zugänglich sind und nachweislich eine sehr wichtige Rolle in der Prävention und Gesundheitsversorgung spielen<sup>1</sup>, würden durch eine Kriminalisierung hochschwellig und besonders für Sexarbeitende in vulnerabelsten Lebenssituationen kaum noch erreichbar werden. Dieser negative Effekt war in vielen großen Städten Deutschlands während des vorübergehenden Prostitutionsverbots in der Corona-Pandemie zu beobachten.
- Die Kriminalisierung von Sexarbeit (Angebot oder Kauf) erhöht das Risiko sexueller und körperlicher Gewalt<sup>2</sup>. Eine rechtlich unsichere Arbeitssituation erschwert die Durchsetzung eigener Souveränität und Rechte gegenüber Kunden, wodurch die gesundheitlichen Risiken ansteigen<sup>3</sup>.
- Kriminalisierung von Sexarbeit fördert zudem auch Stigmatisierung und Ausgrenzung, wodurch das strukturelle Risiko für HIV und andere sexuell übertragbare Infektionen (STI) erhöht und aufgrund der Illegalität der Zugang zu Gesundheitsleistungen erschwert wird<sup>4</sup>.
- Auch der Wechsel von sicheren zu versteckten Arbeitsplätzen steigert das Risiko in Bezug auf STI und HIV und schwächt gleichzeitig die Akzeptanz von offiziellen Untersuchungs- und Unterstützungsangeboten<sup>5</sup>.
- Es wird davon ausgegangen, dass die Kriminalisierung von Sexarbeit zu einem zweifach erhöhten HIV & STI-Risiko führt (STI – sexuell übertragbare Infektionen). Studien ergaben, dass die HIV-Prävalenz in Ländern, die Sexarbeit kriminalisieren mit 4,02 Prozent wesentlich höher ist als in Ländern, in der Sexarbeit legalisiert ist (0,5 Prozent)<sup>6</sup>. Gleichzeitig gehen Studien davon aus, dass durch Entkriminalisierung von Sexarbeit 33 - 46 Prozent der HIV-Infektionen während Epidemien im nachfolgenden Jahrzehnt verhindert werden könnten<sup>7</sup>.

---

<sup>1</sup> Deutsche Aidshilfe (2024): [Studie: Was brauchen Sexarbeiter\\*innen für ihre Gesundheit? – Deutsche Aidshilfe](#)

<sup>2</sup> Platt, Grenfell, Meiksin et. al. (2018): Associations between sex work laws and sex workers' health: A systematic review and meta-analysis of quantitative and qualitative studies. *PLoS Med.*

<sup>3</sup> Shannon, Strathdee, Goldenberg et. al. (2015): Global epidemiology of HIV among female sex workers: influence of structural determinants. *Lancet* **und** Platt, Grenfell, Meiksin et. al. (2018): *PloS Med*

<sup>4</sup> Reeves, Steele, Stuckler et. al. (2017): National sex work policy and HIV prevalence among sex workers: an ecological regression analysis of 27 European countries. *Lancet HIV*

<sup>5</sup> Dodillet, Östergren (2012): Das schwedische Sexkaufverbot. Beanspruchte Erfolge und dokumentierte Effekte. Veröffentlicht in: Elisabeth Greif (Hg.): SexWork(s) verbieten – erlauben – schützen? *Linzer Schriften zur Frauenforschung* 51, S. 67-110 **und** Platt, Grenfell, Meiksin et. al. (2018): *PloS Med*

<sup>6</sup> Platt, Grenfell, Meiksin et. al. (2018): *PloS Med.* **und** Reeves, Steele, Stuckler et. al. (2017): *Lancet HIV*

<sup>7</sup> Shannon, Strathdee, Goldenberg et. al. (2015): *Lancet*

**FAZIT**

Eine Kriminalisierung von Sexkauf macht eine Tätigkeit in der Sexarbeit wesentlich gefährlicher als zuvor. Menschenhandel wird hierdurch nicht eingedämmt, es werden, jedoch die Arbeitsbedingungen erschwert und Sexarbeitende sehen sich gezwungen, mehr Risiken für Sicherheit und Gesundheit einzugehen. Schutz und Selbstbestimmung der Sexarbeitenden entfallen.

Wichtige gesundheitliche Hilfsangebote und Präventionsmaßnahmen, selbst wenn sie nicht ganz eingestellt würden, verlieren unweigerlich ihre Wirkung<sup>8</sup>.

Dr. Kristina Böhm

Vorsitzende BVÖGD

Dr. Emanuel Wiggerich

1. Stellv. BVÖGD

---

<sup>8</sup> Dodillet, Östergren (2012): *Linzer Schriften zur Frauenforschung*